

Antrag 71/I/2020

KDV Spandau

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Mindestausbildungsvergütung erhöhen!

- 1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
- 2 Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefor-
- 3 dert, sich für die Erhöhung der Mindestausbildungsvergü-
- 4 tung einzusetzen, die ein selbstständiges Leben (analog
- 5 mindestens zum ALG II) ermöglicht und die Berufsausbil-
- 6 dungsbeihilfe (BAB) überflüssig macht.
- 7 Deshalb ist die Ausbildungsplatzumlage zugunsten der
- 8 Kleinst- und Kleinbetriebe umzusetzen. Die frei werden-
- 9 den Mittel des BAB sollen als Grundstock für den Ausbil-
- 10 dungsfonds genutzt werden.

11

12 Begründung

- 13 Wir fordern die gesellschaftliche Anerkennung aller Aus-
- 14 bildungsformen. Dies wollen wir durch verbesserte Aus-
- 15 bildungsbedingungen erreichen. Eine gute Berufsbildung
- 16 – sowohl Ausbildung als auch Studium – darf nicht ab-
- 17 hängig von finanzieller Situation und sozialer Herkunft
- 18 sein. Zurzeit ist die Mindestausbildungsvergütung unzu-
- 19 reichend, um die Lebenshaltungskosten der Auszubilden-
- 20 den zu decken. Ausbildung darf nicht zur Armut führen.

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlusslage (Konsens)